

Laatzen: Trecker-Auflauf in Ingeln-Oesselse – darum geht es den Bauern

Torsten Lippelt

Laatzen

Ruppige Trecker-Plakate und sachliche Statements: So lief die Agrar- Debatte in Ingeln-Oesselse

Gespräch über Landwirtschaftspolitik im Alt-Oesselse: Einige Besucher sind mit Traktoren vor Ort.

Quelle: Torsten Lippelt

„Nicht mit uns!“ In Ingeln-Oesselse haben sich am Montagabend Landwirte mitsamt Treckern und markigen Sprüchen gegen die Sparpolitik der Bundesregierung eingefunden. Was folgte, war eine sachliche Diskussion über die Schwierigkeiten, mit denen die Landwirte zu kämpfen haben.

Ingeln-Oesselse. Die Proteste gegen die Sparpolitik der Bundesregierung haben nun auch Ingeln-Oesselse erreicht: „Ampel ruiniert Landwirtschaft! Nicht mit uns! Die Deutschen Bauern“, stand am Montagabend auf einem Plakat an einem der vier Traktoren, die vor dem Hotel Alt-Oesselse abgestellt waren. Was sich vor dem Eingang des Hotels noch recht ruppig präsentiert, stellte sich im Lokal dann schnell als sachlich, weitgehend emotionsarm geführte Veranstaltung heraus. „Landwirtschaft, Bauern und Politik“ hieß der Themenabend, zu dem David Novak von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Laatzen und Ortsbürgermeister Heinrich Hennies (CDU) eingeladen hatten.

Anstelle hitziger Reden referierte die CDU-Landtagsabgeordnete Martina Machulla vor den 18 Zuhörern – fast ausschließlich Laatzen Landwirte – etwa eine Stunde lang über aktuelle wirtschaftliche und landwirtschaftliche Handlungsfehler der Regierungen auf Bundes- und Landesebene. Die geplante Abschaffung von Subventionen und Steuerbefreiungen rund um Agrardiesel und Landwirtschaftsfahrzeugen hätten direkte, finanziell spürbare Auswirkungen „zwischen 450 Millionen Euro laut Bundesregierung und rund 900 Millionen Euro laut der bayerischen Landwirtschaftsministerin“, referierte Machulla. „Für jeden der etwa 256.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sind das im Durchschnitt 3500 Euro pro Jahr“, warnte sie.

Ärger über Bürokratie

In der anschließenden Frage- und Diskussionsrunde zeigen sich vor allem zwei Probleme der Landwirte, die über die Sparpläne der Bundesregierung hinausgehen: Ortsbürgermeister Hennies, selbst Landwirt, stört sich an der stetig wachsenden Bürokratie in der Landwirtschaft, beispielsweise bei Anträgen und Nachweisen. „Diese soll eigentlich abgebaut werden. Aber es passiert nichts“, schüttelt Hennies den Kopf.

„Was uns fehlt, ist seitens der Politik auch eine langfristige Planungssicherheit für unsere Arbeit“, monierte der Oesselser Landwirt Andreas Aue. So habe die EU-Kommission die Nutzungsgenehmigung für das umstrittene Pflanzenschutzmittel Glyphosat im November 2023 um weitere zehn Jahre verlängert. In Deutschland jedoch habe das Bundeslandwirtschaftsministerium kurz danach per Eilverordnung festgelegt, dass es zunächst nur bis zum 30. Juni 2024 genutzt werden kann – um dann künftig möglicherweise doch dessen weitere Nutzung in der deutschen Landwirtschaft einzuschränken.

Die CDU-Mittelstandsvereinigung warb unterdessen dafür, dass sich die Landwirte dem Verband anschließen. „In und um Hannover ist kein Landwirt bei uns Mitglied. Wenn wir für Sie ein Sprachrohr sein sollen – machen Sie mit“, appellierte Novak an die Besucher.

HAZ